

ben. Er wollte nicht reflektieren, sondern den in ihm laufenden schöpferischen Prozeß, die Gestaltung der ablaufenden Vorgänge, beobachten. Wenn er zu schreiben begann, wußte er nie, worauf es hinauslief. »Es« schrieb in ihm, als sei er ein Medium. Das ist ein Vorgang, der den dichterischen Prozeß vom bloß schriftstellerischen trennt.

Diese Feststellungen schließen nicht aus, daß man hinter Kafkas Geschichten jenes »Mehr« erkennen kann, Gleichnisse für die Transzendenz, für den Verlust des Glaubens und der Gnade oder für das Ausgeliefertsein des Menschen an eine anonyme Bürokratie. Für allzu spekulative Auslegungen gibt es allerdings Grenzen. So erfuhr man in Bari von dem Kafka-Spezialisten Michael Müller, daß »Der Prozeß« eine Art Kontrafaktur Kafkas zu Giacomo Casanovas Geschichte von der Flucht aus den Bleikammern Venedigs darstellt und die Strafmethoden von Casanovas Schilderungen angeregt wurden. Auch für »Das Schloß« hat man ernüchternde Entdeckungen gemacht. Die Anlage des Schlosses und das Verhalten seiner Bewohner gehen auf Jugenderlebnisse Kafkas auf einem böhmischen Landsitz in der Nähe Prags zurück – es sind jene »böhmischen Gespenster«, die in der Literatur, etwa bei Clemens Brentano und Gustav Meyrink, seit je umgegangen sind. Man wird nun auch Kafkas »Kreuzung« von Lamm und Katze begreifen, die sich »im Vaterhaus« entwickelt hat: Es ist die Dichtung.

Kafkas Skrupel und Zweifel hingen weniger mit seiner gedrückten Lage, der Familie und den Bräuten zusammen, als mit der Sorge um seine Gesundheit und seinem literarischen Werk, das er an klassischen Mustern maß. Aus diesen Skrupeln entstand die Vernichtungsverfügung; hätte Max Brod sie befolgt, gäbe es kein weltliterarisches Faktum Kafka.

## Adenauer und Kardinal Frings 1945-1949

Von Rudolf Morsey

### I

Zweifelsohne hat das »eigentlich Politische nicht die Zentrallinie« des Lebenswegs von Josef Kardinal Frings (1887-1978) markiert, wie es Konrad Repgen einmal formuliert hat.<sup>1</sup> Dennoch war der in Neuss geborene Erzbischof von Köln (1942-1969) zweimal in besonderem Maße auch als kirchlicher Politiker gefordert: in der Anfangszeit seines bischöflichen Wirkens während der letzten Jahre des »Dritten Reiches«<sup>2</sup> und in der unmittelbar daran anschließenden Epoche der Besatzungsherrschaft. Vor allem nach der im Februar 1946 erfolgten Erhebung zum Kardinal wuchs der Kölner Oberhirte, der nach dem Tode des Breslauer Erzbischofs Adolf Kardinal Bertram (gest. 6. Juli 1945) auch als Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz amtierte, wie selbstverständlich

1 Kardinal Frings im Rückblick. Zeitgeschichtliche Kontroverspunkte einer künftigen Biographie. In: Historisches Jahrbuch 100 (1980), S. 286.

2 Dazu vgl. Ulrich v. Hehl, Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln 1933-1945 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Band 23). Mainz 1977, passim. Diese Arbeit ist als Dissertation bei Konrad Repgen entstanden.

nicht nur in die »dominierende Sprecherrolle im deutschen Episkopat« hinein,<sup>3</sup> sondern darüber hinaus in die Rolle eines »Sprechers für das deutsche Volk, seine Not und seine Rechte«. <sup>4</sup> In dieser Funktion, die 1949 endete,<sup>5</sup> begegnete er wiederholt dem um zwölf Jahre älteren Konrad Adenauer.

Über das Verhältnis dieser beiden herausragenden Repräsentanten des rheinischen Katholizismus, die sich seit Mitte der zwanziger Jahre kannten, fehlt eine zusammenfassende Darstellung. Die politischen Anschauungen des späteren Bundeskanzlers sind nicht selten mit dem »Schatten des Kölner Domes« in Zusammenhang gebracht worden. Bisweilen wurde auch eine je nach dem Blickpunkt des Kritikers mehr oder weniger starke Abhängigkeit des Unionspolitikers von der Kölner Kirche konstruiert. Demgegenüber ist Frings in den vierbändigen Memoiren des Exkanzlers (1965/68) nicht erwähnt, auch nicht in der »autorisierten« Adenauer-Biographie von Paul Weymar (1955). In der inzwischen sehr umfangreichen Literatur über den ersten Bundeskanzler taucht der Name des Kardinals nur vereinzelt auf, am ehesten noch, wie auch in Nachrufen zum Tode des Kardinals, in der Wiedergabe anekdotenhafter Begebenheiten.<sup>6</sup>

Frings hingegen – der 1924 eine Pfarrei in Köln-Braunsfeld übernommen hatte und seitdem Adenauer kannte – hat sich über sein Verhältnis zum damaligen Oberbürgermeister und späteren Bundeskanzler, den er um elf Jahre überlebte – um dann, wie dieser, im Alter von 91 Jahren zu sterben –, bei verschiedenen Gelegenheiten geäußert. In einer Gratulationsrede zum 80. Geburtstag Adenauers am 5. Januar 1956 teilte er mit, daß er dem im März 1933 von den Nationalsozialisten zwangsweise entlassenen Oberbürgermeister schriftlich prophezeit habe, daß ihm die Stadt Köln »nach 50 Jahren« ein Denkmal setzen werde.<sup>7</sup>

In einem Rundfunkinterview vom 4. Februar 1967 hieß es, daß ihn Adenauer bei seinen politischen Entscheidungen »sehr selten« um Rat gefragt habe. In seiner Traueransprache beim Pontifikalrequiem im Kölner Dom am 25. April 1967 würdigte der Kardinal den sechs Tage zuvor verstorbenen Staatsmann als »Mann des Glaubens«; dabei erwähnte er eine »kleine Ansprache« Adenauers an dessen 70. Geburtstag, 5. Januar 1946, im Kreise seiner Familie, wonach er sich in seinem Leben »immer nach seinem Gewissen gerichtet« und seine Kinder beschworen habe, »von dieser seiner

3 So Klaus Gotto, Die katholische Kirche und die Entstehung des Grundgesetzes. In: Kirche und Katholizismus 1945-1949 (Beitr. zur Katholizismusforschung, Reihe B), hrsg. von Anton Rauser. Paderborn 1977, S. 91.

4 So Wilhelm Böhler, Zum 70. Geburtstag von Kardinal Frings. In: »Kölnische Rundschau« vom 6. Februar 1957. Ähnlich Norbert Trippen, In Dienst und Verantwortung eingetreten. In: Ortskirche im Dienst der Weltkirche. Das Erzbistum Köln seit seiner Wiedererrichtung im Jahre 1825, hrsg. von Norbert Trippen und Wilhelm Mogge. Köln 1976, S. 23.

5 Kardinal Frings erklärte in einem WDR-Interview am 4. Februar 1967 gegenüber Walter Först, für die Zeit von »1946 bis etwa 1949« sei er »so etwas wie der Sprecher von Deutschland« gewesen und habe »so manches freie Wort gesprochen«. Manuskript im Besitz des Verf.

6 Vgl. etwa Karl Rapp, Adenauer und die Journalisten. In: Konrad Adenauer und seine Zeit, hrsg. von Dieter Blumenwitz u. a., Band 1. Stuttgart 1976, S. 287; Walter Henkels, Neues vom Alten. Adenauer-Anekdoten. Düsseldorf 1975, S. 108, 119.

7 Zit. bei Johannes Hermanns, Ein Porträt. In: Kardinal Frings. Leben und Werk, hrsg. von Dieter Froitzheim. Köln 1980, S. 20f.

Maxime nicht abzulassen«. <sup>8</sup> In seinen 1973 veröffentlichten (insgesamt wenig ergiebigen) Memoiren hat Frings dann ausführlicher verschiedene Begegnungen mit Adenauer geschildert und diese Schilderungen teilweise in einem späteren Beitrag wiederholt. <sup>9</sup>

## II

In einer Reihe von Nachrufen nach dem Tode des Kardinals war von dem »eher distanzierten Verhältnis« zwischen ihm und dem ersten Bundeskanzler die Rede. Als Beleg dafür galt, daß Adenauer seinen Diözesanbischof stets mit »Herr Frings« und nicht mit »Herr Kardinal« oder gar »Eminenz« angedredet habe <sup>10</sup> – was allerdings für den Schriftverkehr nicht zutraf –, aber auch die eine oder andere anekdotenhaft ausgeschmückte Begebenheit über beider Umgangsweise, jedoch stets in einer Form berichtet, wie sie der Sichtweise Adenauers entsprach bzw. ihr entgegenkam. Der Unionspolitiker hatte aus verständlichen Gründen Wert darauf gelegt, bei offiziellen Treffen mit dem Erzbischof die Eigenständigkeit des weltlichen Bereichs und den Vorrang des staatlichen Protokolls zu wahren. Das fiel ihm nicht schwer, da er – unabhängig von seinem Alter und seiner natürlichen Autorität – zu Kirche und Kirchenfürsten ein ungezwungenes Verhältnis besaß und bereits 1922 als Präsident des Münchener Katholikentags eindrucksvoll unter Beweis gestellt hatte, daß er die politische Entscheidungsfreiheit im katholischen Raum für sich in Anspruch zu nehmen und zu nutzen wußte. <sup>11</sup> Daran hatte sich seitdem nichts geändert.

Dabei war Adenauers Verhältnis zu seinem engeren rheinischen Landsmann Erzbischof Frings besser als zu dessen Vorgänger (1920 bis 1941), dem gebürtigen Sauerländer Karl Josef Schulte. Beide hatten sich im übrigen jeweils für den 1933 seines Amtes entsetzten und von den Nationalsozialisten bedrohten bzw. 1944 inhaftierten Oberbürgermeister a.D. eingesetzt: Schulte im Juli 1933, <sup>12</sup> Frings Ende August 1944. <sup>13</sup>

Die Behauptung von Frederic Spotts, Frings habe sich, »wie so mancher Kurfürst von Köln«, mehr zu »öffentlichen als zu seelsorgerlichen Angelegenheiten berufen« gefühlt und sich damit einen Namen gemacht, ist genauso falsch wie eine weitere, wonach die christlichen Demokraten, die der Erzbischof unterstützt habe, »linksgerichtet« gewesen seien. <sup>14</sup> Die Feststellung von Arnulf Baring, daß »nicht allein Adenauer« den Kölner

8 Vgl. Abschied von Konrad Adenauer. † 19. April 1967. Sonderdruck aus dem Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 41 bis 44. Bonn 1967, S. 30f.

9 Für die Menschen bestellt. Erinnerungen. Köln 1973; Erinnerungen an Konrad Adenauer. In: Konrad Adenauer und seine Zeit (Anm. 6), S. 149ff.

10 So Norbert Iserlohe in seinem Nachruf auf Frings. In: »Kölnische Rundschau« vom 18. Dezember 1978.

11 Dazu vgl. Hugo Stehkämper, Konrad Adenauer als Katholikentagspräsident 1922. Form und Grenze politischer Entscheidungsfreiheit im katholischen Raum (Adenauer-Studien, Band 4, hrsg. von Rudolf Morsey und Konrad Repgen). Mainz 1977.

12 Vgl. Rudolf Morsey, Adenauer und der Nationalsozialismus. In: Konrad Adenauer, Oberbürgermeister von Köln, hrsg. von Hugo Stehkämper. Köln 1976, S. 472.

13 Vgl. U. v. Hehl, Erzbistum Köln (Anm. 2), S. 236.

14 Kirchen und Politik in Deutschland. Stuttgart 1976, S. 38 (amerikanische Ausgabe 1973). Falsch ist auch die Behauptung von Frederic Spotts, Kirchen und Politik, S. 152, wonach Adenauer und Frings »aus der gleichen Gesellschaftsschicht und der gleichen Stadt stammten«. Zur Kritik an

Kardinal für »politisch naiv« gehalten habe, besonders in der Außenpolitik,<sup>15</sup> trifft schwerlich zu.

Gemeint ist offensichtlich ein anderer Sachverhalt, den der frühere Landtagsabgeordnete des Zentrums (1921-1932), Leo Schwering (Köln), nach einem Zusammentreffen mit dem ihm gut bekannten Erzbischof Frings am 26. April 1945 in Honnef in die Worte faßte: »Er ist kein Politiker«; die Politik sei für ihn »höchstens insofern« wichtig, als sie »die religiöse Seite« tangiere.<sup>16</sup> 1963 hat Schwering so geurteilt: Frings sei »zwar in erster Linie Seelsorger, jedoch gerade deshalb für Fragen der Religion und der Politik sehr aufgeschlossen, wo beide sich berührten«.<sup>17</sup> Vieles spricht für die Einschätzung von Johannes Hermanns: Adenauer und Frings »mochten einander, beide respektierten einander«.<sup>18</sup>

### III

Adenauer und Frings sind sich vom Frühjahr 1945 an häufig begegnet, weil der in Köln dreimal ausgebombte Erzbischof, der 1944 nach Honnef übergesiedelt war,<sup>19</sup> nach seiner Rückkehr nach Köln Ende April 1945 zunächst im St.-Elisabeth-Krankenhaus in

Spotts Darstellung vgl. Rudolf Morsey, *Katholizismus und Unionsparteien in der Ära Adenauer*. In: *Katholizismus im politischen System der Bundesrepublik 1949-1963* (Beitr. zur Katholizismusforschung, Reihe B), hrsg. von Anton Rauscher. Paderborn 1978, S. 33; Konrad Repgen, Frings (Anm. 1), S. 28; Ludwig Volk, in: »Theologische Revue« 73 (1977), Sp. 232ff.; U. v. Hehl, *Erzbistum Köln* (Anm. 2), S. 230 Anm. 287; K. Gotto, *Katholische Kirche* (Anm. 3), S. 92.

15 Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. München 1969, S. 205. Offensichtlich ist diese Wertung übernommen von F. Spotts, *Kirchen und Politik* (Anm. 14), S. 152 (ergänzt um den falschen Hinweis: »kein Verständnis für internationale Politik«). Barings Urteil wird auch zitiert von Martin Höllen, Heinrich Wienken, *Der »unpolitische« Kirchenpolitiker* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Band 33). Mainz 1981, S. 135 Anm. 740. Dort heißt es zutreffend, daß »eine fundierte Biographie Frings« noch nicht existiert (ebensowenig übrigens eine vergleichbare Adenauer-Biographie). Die von Höllen (ebenda) getroffene Feststellung, wonach Adenauer und Frings eine »rege Korrespondenz« geführt hätten, deren Thema »vorrangig »Kulturpolitik« im damaligen katholischen Sinne und weniger allgemeine Innen-, geschweige Außenpolitik« gewesen sei, verengt den Begriff Kulturpolitik und suggeriert, daß zwischen einem Politiker und einem Kirchenfürsten hauptsächlich (allgemein-)politische Korrespondenz geführt wird oder werden müsse.

16 Tagebucheintragung vom gleichen Tage. Historisches Archiv der Stadt Köln (künftig zitiert: HASTK), Nachlaß Leo Schwering, Bestand 1193/11. K. Repgen hat diesen Sachverhalt so formuliert: 1945 waren zu den »normalen kirchlichen Pflichten und Sorgen« eines Bischofs »konkrete neue politische Tages-Aufgaben hinzugetreten«, denen sich Frings nicht entzogen habe. Frings (Anm. 1), S. 296.

17 Frühgeschichte der Christlich-Demokratischen Union. Recklinghausen 1963, S. 93.

18 Ein Porträt (Anm. 7), S. 21. In dem gleichen Sammelband findet sich eine kurze Würdigung des Kardinals von Heinz-Joachim Fischer, deren Überschrift »Ein politischer Mann der Kirche« (S. 32) mißverständlich ist. Dazu vgl. Paul Sethe, In Wasser geschrieben. Porträts. Profile. Prognosen. Frankfurt 1968, S. 72: »Der vielbesprochene politische Einfluß des Kardinals Frings ist eine Sage, nicht mehr. . . . Politische Ratschläge hat Konrad Adenauer von keinem Kardinal erbeten oder entgegengenommen.«

19 Daß auch Adenauer – genauso wie L. Schwering (Tagebucheintragung vom 26. April 1945; s. Anm. 16) – den »Weggang« des Erzbischofs aus Köln als »schlecht empfunden« habe, ist von Werner Bornheim gen. Schilling überliefert: *Der rheinische Phönix*. Konrad Adenauer. In: »Die



Köln-Hohenlind Unterkunft fand. Dort wohnte aber auch der alte und neue (5. Mai bis 6. Oktober 1945) Oberbürgermeister Adenauer.<sup>20</sup> Aus dieser räumlichen Nähe erklärt sich, daß in diesen Monaten keine Korrespondenz zwischen ihnen gewechselt – jedenfalls bisher keine bekannt geworden ist. Für ihr offensichtlich gutes Verhältnis spricht, daß der Erzbischof Anfang Juni 1945 dem Oberbürgermeister die Denkschrift eines Mitarbeiters (Paul Westhoff) über die Notwendigkeit des Wiederaufbaus der Bekenntnisschule und des Privatschulwesens zuleitete.<sup>21</sup>

Beide sind auch mit der amerikanischen Besatzungsmacht »recht gut ausgekommen« (Frings), nicht jedoch, nach deren Abzug im Juni 1945, mit den Vertretern der britischen Militärregierung.<sup>22</sup> Einig waren sich Adenauer und Frings in ihrer anfänglichen Reserve gegenüber den Bestrebungen ehemaliger Kölner Zentrumsmitglieder, darunter Leo Schwing, eine Christlich-demokratische Partei zu gründen.<sup>23</sup> Diese Zurückhaltung wurde von ihnen jedoch bald aufgegeben.<sup>24</sup> Die westdeutschen Bischöfe hatten sich bereits am 5. Juni 1945 in Werl gegen ein Wiedererstehen des alten Zentrums ausgesprochen.<sup>25</sup>

Das lag im Sinne Adenauers, der davon am 21. August Oberbürgermeister Karl Scharnagl (München) Mitteilung machte<sup>26</sup> und am 1. September den Hamburger Bürgermeister Rudolf Petersen darüber informierte, daß sich die »hohen kirchlichen Kreise« gegenüber der Unionsgründung zwar sehr zurückhielten, aber mit dieser Entwicklung durchaus einverstanden« seien.<sup>27</sup> Am 28. Oktober 1945 registrierte Leo

Politische Meinung« 27 (1982), S. 50, 106. Ebd. S. 47 ist ein Besuch Frings' in Rhöndorf am 16. März 1945 erwähnt. Über einen Besuch Bornheims (Mitarbeiter Adenauers in Köln) beim Erzbischof am 23. März 1945 in Honnef heißt es (S. 50), Frings sei »beglückt« über Adenauers Interesse »am Aufbau der Kölner Kirchen«. Vgl. ferner S. 112 und 114: Gespräche Adenauer – Frings Anfang Mai sowie am 11. Mai 1945.

20 Vgl. J. Kardinal Frings, Für die Menschen bestellt (Anm. 9), S. 41; Erinnerungen an Adenauer (Anm. 9), S. 151.

21 Vorhanden im Nachlaß Adenauer 08.06; Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf (künftig zitiert: StBAH). Ein Kommentar Adenauers zu dieser Denkschrift fehlt.

22 Vgl. J. Kardinal Frings, Für die Menschen bestellt (Anm. 9), S. 41; Konrad Adenauer, Erinnerungen 1945-1949. Stuttgart 1965, S. 26. Dazu F. Spotts, Kirchen und Politik (Anm. 14), S. 60ff. In einer Tagebuchaufzeichnung von L. Schwing vom 7. August 1945 heißt es, Frings rühme sich, »daß er mit den Engländern schlecht steht«. Nachl. Schwing (Anm. 16).

23 Unsinnig ist die Behauptung, Frings habe zusammen mit Leo Schwing und Wilhelm Warsch am 1. April 1945 »beschlossen«, den Grundstein einer »christlichen Volkspartei« zu legen. So Terence Prittie, Konrad Adenauer. Stuttgart 1971, S. 148.

24 Dazu vgl. Rudolf Morsey, Der politische Aufstieg Konrad Adenauers 1945-1949. In: Konrad Adenauer. Seine Deutschland- und Außenpolitik 1945-1963. München 1975, S. 39f. Für Frings: L. Schwing, Frühgeschichte (Anm. 17), S. 93. In einem Glückwunschschreiben zum Goldenen Priesterjubiläum des Kardinals erinnerte der Kölner CDU-Politiker Johannes Albers am 2. August 1960 daran, daß Frings 1945 den »neuen politischen Weg« des deutschen Volkes entschlossen bejaht habe. Kopie im Besitz des Verf.

25 Dazu vgl. Rudolf Morsey, Zwischen Verwaltung und Politik. Hermann Pünder und die Gründung der CDU in Münster. In: Weltpolitik, Europagedanke, Regionalismus. Festschrift für Heinz Gollwitzer, hrsg. von Heinz Dollinger u. a. Münster 1982, S. 531f., 542 Anm. 29.

26 Druck: Rudolf Morsey, Vom Kommunalpolitiker zum Kanzler. In: Konrad Adenauer. Ziele und Wege, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung. Mainz 1972, S. 76ff.

27 StBAH 08.05.

Schwingung nach einer Unterredung mit Erzbischof Frings, daß dessen Vertrauen zu den Christlichen Demokraten in Köln – zu deren Vorstand Adenauer seit Anfang September gehörte – »erheblich fester geworden« sei und frühere Bedenken offensichtlich »ausgeräumt« werden konnten.<sup>28</sup>

Inzwischen war Adenauer (am 6. Oktober) von der Besatzungsmacht als Oberbürgermeister entlassen worden und hatte sein Amt als Vorstandsmitglied der CDP Rheinland niederlegen müssen. Dessen Reaktion unmittelbar nach dem brüskten Hinauswurf als Stadtoberhaupt durch die Militärregierung schildert Frings in seinen Memoiren sehr anschaulich:<sup>29</sup> »Ich erinnere mich lebhaft, daß wir damals [im Elisabeth-Krankenhaus] zu mehreren zu ihm kamen. Er stand aufrecht wie immer, zog aus der Tasche einen Brief,<sup>30</sup> entfaltete ihn ruhig und langsam und las die dreizehn [richtig: 12] Punkte vor, in denen ihm mitgeteilt wurde, er habe die Erwartungen der Militärbehörde nicht erfüllt; deshalb werde er abgesetzt – wegen Unfähigkeit. Dann faltete er das Schreiben wieder zusammen und steckte es ein, als wenn ihn das gar nichts angehe.«

Genau wie Adenauer<sup>31</sup> hat auch Frings das dem entlassenen Oberbürgermeister auferlegte Verbot politischer Betätigung – das Anfang Dezember aufgehoben wurde – als »das Schlimmste« für den so aktiven Kommunalpolitiker bezeichnet.<sup>32</sup> Als der Erzbischof am 5. Januar 1946 nach Rhöndorf fuhr, um sich den Gratulanten zu Adenauers 70. Geburtstag anzuschließen,<sup>33</sup> wußte er noch nicht, daß sich der Jubilar inzwischen entschlossen hatte, für die CDU aktiv tätig zu werden.

#### IV

Innerhalb weniger Wochen gelangte Adenauer in einer Blitzkarriere an die Spitze der CDU des Rheinlands und der britischen Zone. Seitdem blieb er darum bemüht, den inzwischen zum Kardinal ernannten Kölner Erzbischof dafür zu gewinnen, die Union offen zu unterstützen. Damit suchte er Rückendeckung im Kampf gegen die neue Zentrumsparterie zu erhalten, die sich stärker als die interkonfessionelle CDU für spezifisch kirchliche Belange, vor allem die Konfessionsschule, einsetzte.

Der Unionspolitiker vermochte den Erzbischof jedoch nicht für seine Zielsetzung zu gewinnen. Auch in einem Gespräch am 11. April 1946 erreichte er nicht,<sup>34</sup> daß Frings die

28 Vgl. Hans Georg Wieck. Die Entstehung der CDU und die Wiedergründung des Zentrums im Jahre 1945. Düsseldorf 1953, S. 66 Anm. 114.

29 Für die Menschen bestellt (Anm. 9), S. 41.

30 Druck: K. Adenauer, Erinnerungen (Anm. 22), S. 36f.

31 Ebd. S. 37.

32 Erinnerungen an Adenauer (Anm. 9), S. 151.

33 Dazu erklärte Frings in dem in Anm. 5 erwähnten Interview am 4. Februar 1967: »Da war er [Adenauer] nämlich gerade abgesetzt von den Engländern, und da habe ich mir gesagt: Jetzt gehst du gerade hin und besuchst ihn.« In seinen Erinnerungen an Adenauer (Anm. 9), S. 151, kommentierte Frings: Sein Besuch müsse den entlassenen Oberbürgermeister gefreut haben, »denn er hielt mich auch zum Abendessen da«. Bei dieser Gelegenheit hielt Adenauer die bereits oben (Anm. 8) erwähnte kleine Rede, aus der Frings in seiner Traueransprache von 1967 erstmals zitiert hatte.

34 Dessen Termin und Inhalt ergeben sich aus einem Schreiben Adenauers vom folgenden Tage, in dem er unter Bezug auf diese Besprechung dem Kardinal einen Schriftwechsel zugänglich machte, dessen Kern die Klage von CDU-Seite über das Eintreten eines Pfarrers zugunsten des Zentrums

von ihm vertretene Linie änderte, die darin bestand, daß er seinem Klerus politische Neutralität auferlegt hatte.<sup>35</sup> Hingegen blieb der Kardinal, bereits seit dem Herbst 1945, darum bemüht, angesichts der »gegenseitigen Befehdung« im christlichen Lager beide Seiten zur Mäßigung aufzurufen und seinerseits darauf hinzuwirken, daß der Kampf zwischen CDU und Zentrum, wenn er schon »unvermeidlich« sei, »anständig geführt werde«.<sup>36</sup>

Den weiterhin engen Kontakt zwischen Adenauer und Frings belegen zwei Schreiben des Kardinals vom 3. und 10. Juli 1946, in denen er den Unionspolitiker um Unterstützung verschiedener kulturpolitischer Anliegen bat, zu der sich Adenauer jeweils sofort bereit erklärte.<sup>37</sup>

Im August 1946 scheiterte ein erneuter Versuch des Erzbischofs, zwischen der CDU und dem Zentrum, die sich über die inzwischen erfolgte Bildung der Regierung Amelunxen im neugegründeten Land Nordrhein-Westfalen zerstritten hatten, zu vermitteln. In diesem Zusammenhang gelangte ein Schreiben von Frings an den Zentrumspolitiker Wilhelm Hamacher in die Öffentlichkeit, das den Satz enthielt: »Der Feind steht links«.<sup>38</sup> Als der münsterische Kirchenhistoriker Prälat Georg Schreiber (Zentrumsabgeordneter des Reichstags von 1920-1933) Adenauer am 22. August vorschlug, ein »Ausgleichskomitee« zur Verständigung mit dem Zentrum zu schaffen, lehnte der CDU-Vorsitzende mit der Begründung ab (31. August), daß »vor etwa 14 Tagen« selbst Kardinal Frings mit einem Versuch zur Verständigung an der »Hartnäk-

bildete. StBAH 08.55. Am 29. April 1946 teilte Adenauer dem Aachener Domkapitular Nikolaus Janssen mit, er habe sich bei Kardinal Frings gegen dessen Verbot gewehrt, den Geistlichen »jede Teilnahme am parteipolitischen Leben ausdrücklich zu untersagen«. Vgl. Rudolf Morsey, Konrad Adenauer und der Weg zur Bundesrepublik Deutschland 1946-1949. In: Konrad Adenauer und die Gründung der Bundesrepublik Deutschland (Rhöndorfer Gespräche, Band 3), hrsg. von Rudolf Morsey. Stuttgart 1979, S. 108 Anm. 46.

35 Bereits am 15. Mai 1945 waren die rheinischen Bischöfe bei einer Zusammenkunft in Koblenz übereingekommen, daß sich die Geistlichen aus der Politik heraushalten sollten. Vgl. Akten Kardinal Michael von Faulhabers 1917-1945. Bd. 2: 1935-1945 (Veröff. der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A, Band 26), bearb. von Ludwig Volk. Mainz 1978, S. 1057.

36 So nach einer Aufzeichnung von Leo Schwering über ein Gespräch mit dem Erzbischof am 28. Oktober 1945. Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, RWN 26/13. Dazu vgl. H. G. Wieck, Entstehung der CDU (Anm. 28), S. 66.

37 Im ersteren Falle lautete die Bitte, dafür Sorge zu tragen, daß die von einem Ausschuß des Zonenbeirats in Hamburg begonnene Beratung über die Regelung des Privatschulwesens vertagt werde, »bis die Verhandlungen der Kirchen mit den Oberpräsidien über die für die Kirchen wie für die christlich denkende Elternschaft so wichtige Frage eine gewisse Klärung« erbracht hätten. Adenauers Antwort: Er werde sich »gerne« in dem gewünschten Sinne einsetzen und habe deswegen bereits an Adolf Grimme (SPD) geschrieben. Im anderen Falle bat der Kardinal den CDU-Vorsitzenden, auch seinerseits beim zuständigen Kölner Dezernenten wegen eines Vortrags in der Kölner »Gesellschaft für christliche Kultur« vorstellig zu werden, in dem der Referent, Prof. Barth, u. a. vom Versagen des »unfehlbaren« Papstes wie dem der Evangelischen Kirche gegenüber dem »Dritten Reich« gesprochen habe. In seiner wiederum positiven Antwort vom 13. Juli (»die Bemerkung des Professor Barth ist ungezogen«) brachte Adenauer den Wunsch nach einem Gespräch mit dem Kardinal zum Ausdruck. StBAH 08.57.

38 Vgl. Josef Hofmann, Journalist in Demokratie, Diktatur und Besatzungszeit. Erinnerungen 1916-1947 (Veröff. der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A, Band 23), bearb. von Rudolf Morsey. Düsseldorf 1977, S. 198.

kigkeit« der Gegenseite gescheitert sei.<sup>39</sup> Angesichts der unverminderten Gegensätze im christlichen Lager untersagte der Erzbischof am 24. November seinen Geistlichen erneut, staatsbürgerliche Ämter zu übernehmen oder sich in irgendeiner Form parteipolitisch zu betätigen.<sup>40</sup>

In seiner Erwiderung auf Adenauers Wünsche zum Weihnachtsfest 1946 würdigte Frings am 24. Dezember die Leistung des Unionspolitikers, der im abgelaufenen Jahr eine »bewunderungswürdige körperlich-geistige Frische« bewiesen habe: »Was Sie im vergangenen Jahr für den Gedanken der Geltung des christlichen Glaubens im öffentlichen Leben geleistet haben, bedeutet ein unvergängliches Verdienst.«<sup>41</sup> Der Zusatz, »Es wird mir eine Freude und Ehre sein, Sie bald wieder bei mir begrüßen zu dürfen«, deutet auf einen zumindest lockeren Besuchskontakt hin. Als Adenauer einige Wochen später, am 8. Februar 1947, »noch nachträglich die herzlichsten Glückwünsche« zum 60. Geburtstag des Kardinals übermittelte, tat er das ausdrücklich zunächst namens der CDU der britischen Zone.<sup>42</sup>

Einen Tag später wurde in den Kirchen ein Hirtenwort des Erzbischofs verlesen, das ein umfassendes Sozialprogramm enthält.<sup>43</sup> Daraufhin übermittelte Adenauer dem Kardinal sofort (»heute hörte ich Ihren Hirtenbrief«) kommentarlos den »Beschuß über die soziale Neuordnung, den wir [Zonenausschuß der CDU der britischen Zone] in Ahlen i. Westf.<sup>44</sup> gefaßt haben«.<sup>45</sup>

Ein Briefwechsel Frings – Adenauer von Anfang März 1947 über Besorgnisse auf »kulturellem Gebiete« in Köln<sup>46</sup> unterstrich erneut die Übereinstimmung beider Männer in grundlegenden Fragen der kommunalen Kulturpolitik. Es entsprach dem Stil des Unionspolitikers, in seiner Antwort angesichts der bevorstehenden ersten Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen (20. April) die Gelegenheit zu benutzen, um den Kardinal auf die prekäre Situation der CDU angesichts der gescheiterten Verhandlungen über eine Verständigung mit dem Zentrum hinzuweisen.

Wenig später (26. März) konkretisierte er seine Befürchtungen, die dahin gingen, daß sich nach der Wahl eine Koalition aus Zentrum, SPD und KPD bilden könne: »Eine solche Mehrheit würde mich mit den größten Besorgnissen auch für die Interessen, die

39 StBAH 07.12.

40 Vgl. Anton Rauscher, Sozialismus. In: Der soziale und politische Katholizismus. Entwicklungslinien in Deutschland 1803-1963, hrsg. von Anton Rauscher, Band 1. München 1981, S. 325.

41 StBAH 07.01.

42 Ebd.

43 Vgl. Joseph Kardinal Frings, Grundsätze katholischer Sozialarbeit und zeitnahe Folgerungen (Bausteine der Gegenwart, hrsg. von Hermann Josef Schmitt, H. 6). Köln 1947. Dazu vgl. Rudolf Uertz, Christentum und Sozialismus in der frühen CDU (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Nr. 43). Stuttgart 1981, S. 110.

44 Druck: Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone 1946-1949, bearb. von Helmuth Pütz. Bonn 1975, S. 280ff.

45 StBAH 07.14. Bereits am 7. Februar 1947 hatte die CDU-nahe »Kölnische Rundschau« sowohl das Sozialprogramm des Kardinals als auch das Ahlener Programm abgedruckt. Vgl. R. Uertz, Christentum und Sozialismus (Anm. 43), S. 110 mit dem Hinweis auf viele Gemeinsamkeiten in beiden Programmen; Albrecht Langner, Wirtschaftliche Ordnungsvorstellungen im deutschen Katholizismus 1945-1963, hrsg. von Albrecht Langner (Beitr. zur Katholizismusforschung, Reihe B). Paderborn 1980, bes. S. 41ff.

46 So Adenauer in seiner Antwort vom 7. März; StBAH 07.14.

Ihnen besonders am Herzen liegen, erfüllen.«<sup>47</sup> Gleichzeitig machte Adenauer den Kardinal darauf aufmerksam, daß auf der bevorstehenden Moskauer Außenministerkonferenz über Deutschland nach den Vorschlägen Großbritanniens und der USA die Kabinette und die Landtage der Länder eine »sehr maßgebende Rolle« bei der »Bildung der ersten Reichsregierung [!] und Reichsverfassungen« (!) spielen sollten; um so wichtiger werde es sein, daß der zukünftige Landtag von Nordrhein-Westfalen »nicht durch eine marxistische Mehrheit geführt wird«.<sup>48</sup>

Vermutlich hat Adenauers Warnung dazu beigetragen, daß der Kardinal nach der Wahl den Zentrumsolitiker Johannes Brockmann bei einer Unterredung am 6. Mai »dringend« bat, keine Koalition »mit der Linken« einzugehen.<sup>49</sup> Der CDU-Vorsitzende jedenfalls ließ nicht locker und suchte den Erzbischof angesichts der schwierigen Verhandlungen über eine Regierungsbildung am 12. Mai 1947 erneut dazu zu bewegen, »wenigstens auf einen Teil der Zentrumsabgeordneten« einzuwirken, um sie von der »Gefolgschaft der Sozialdemokratie loszusagen«.<sup>50</sup> Drei Wochen später (5. Juni), kurz vor einer Reise des Kardinals nach Kanada, stieß er nach mit dem Argument, daß die »in ihrer Mehrheit christlich eingestellte Bevölkerung von Nordrhein-Westfalen« eine auf christlichem Boden stehende Regierung und Landtagsmehrheit gerade bei den bevorstehenden Verfassungsarbeiten »begrüßen würde«, während durch Schaffung des Zweizonen-Wirtschaftsrats in Frankfurt die wirtschaftlichen Angelegenheiten in den Länderparlamenten an Bedeutung verlieren würden.<sup>51</sup>

Auf eine Bitte des Kardinals vom Oktober 1947, einige Persönlichkeiten zu benennen, die zusammen mit kirchlichen Vertretern den Verfassungsentwurf in Nordrhein-Westfalen beraten sollten, reagierte der Unionsolitiker positiv.<sup>52</sup> Danach ruhte der schriftliche Austausch zwischen ihnen für einen längeren Zeitraum. Als Adenauer nach dem Kölner Dombaufest vom August 1948, an dem er teilgenommen hatte,<sup>53</sup> dem Kardinal am 16. August zu dem »wundervollen Verlauf des großartigen Festes«

47 Ebd. Dazu vgl. R. Morsey, Adenauer und der Weg zur Bundesrepublik (Anm. 34), S. 112 Anm. 77.

48 Die Bedeutung der bevorstehenden Moskauer Konferenz war dem Kardinal durchaus bewußt; er hatte bereits am 5. Februar ein »Hirtenwort zur Erflerung eines wahren Friedens« für die am 10. März beginnenden Verhandlungen veröffentlicht, das am 9. März verlesen wurde. Druck: Kirchlicher Anzeiger für die Erzdiözese Köln vom 15. Februar 1947, S. 53ff.

49 Nach einer Aktennotiz Brockmanns vom 10. Mai 1947, in der es weiter hieß, der Kardinal habe auch »kritische Worte gegenüber der versteiften Haltung der CDU« gefunden und zum Ausdruck gebracht, daß er zum Zentrum in Fragen der Kirchen- und Kulturpolitik »größtes Vertrauen« habe. Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv Münster, Bestand Zentrumsparterie 102.

50 StBAH 07.14. Anlaß für diese Bitte Adenauers bildete die Tatsache, daß die »Schulabteilung der Regierung in Düsseldorf« an die Rektoren der Volksschulen Franz Mehrings »Deutsche Geschichte« übersandt hatte. Adenauer wertete diesen Vorgang als Beweis dafür, »daß jede Verstärkung der Stellung der Sozialdemokratie für uns weltanschaulich untragbar ist«.

51 Ebd. – Über ein Zusammentreffen mit Frings Mitte Juni in Kanada heißt es in einem Schreiben Heinrich Brünings vom 20. Juni 1947 an Gustav Olef: »Ich erhielt vielfachen Aufschluß und konnte manches berichten. Er sieht alles klar und nüchtern.« Vgl. Heinrich Brüning, Briefe 1946-1960, hrsg. von Claire Nix. Stuttgart 1974, S. 89.

52 Vgl. Burkhard van Schewick, Die katholische Kirche und die Entstehung der Verfassungen in Westdeutschland 1945-1950 (Veröff. der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Band 30). Mainz 1980, S. 41. Diese Arbeit ist als Dissertation bei Konrad Repgen entstanden.

53 Das kurze Grußwort Adenauers bei der »Stadtkölnischen Begrüßungsfeier« am 14. August ist

gratulierte, dessen Widerhall »nach 12 Jahren Nationalsozialismus hoch erfreulich« sei, kommentierte er dessen politische Bedeutung mit dem Satz, er sei davon überzeugt, daß »gerade dieses Fest für die Wiedergewinnung des deutschen Ansehens in der Welt außerordentlich viel beitragen wird.«<sup>54</sup>

## V

Sechs Wochen später waren es wiederum regionale Wahlen in Nordrhein-Westfalen – dieses Mal zu den Kommunalparlamenten am 17. Oktober 1948 –, für deren Ausgang im Sinne seiner Partei der Vorsitzende der CDU den Kölner Erzbischof einzusetzen suchte. Am 3. Oktober übermittelte er dem Kardinal seinen Wunsch nach einem baldigen Gespräch, um mit ihm die »so gespannte und schwierige« innen- und außenpolitische Situation besprechen zu können.<sup>55</sup> Acht Tage später bat er den Erzbischof angesichts der bevorstehenden Kommunalwahlen »sehr dringend«, am kommenden Sonntag, »wie früher auch, eine entsprechende Mahnung an die Gläubigen« zu richten. Seine Begründung dafür lautete, daß das Schicksal der konfessionellen Schulen durch die Kommunalwahlen »in weitestem Maße« beeinflusst werde und das Zentrum zur »Zersplitterung der christlichen Wähler« beitrage. Gerade in Köln sah der Unionspolitiker eine »Gefahr«; dort sei die Gleichgültigkeit der Wähler »besonders groß«: »Es wäre sehr schmerzlich, wenn im Jahre der Domfeier in Köln die Sozialdemokratie einen Erfolg erzielen würde.«<sup>56</sup>

Nachdem der Wahlausgang die Kräfteverhältnisse zwischen CDU (Landtagswahl 1947: 37,5 %, Kommunalwahl: 37,6 %) und Zentrum (9,8 % bzw. 9,7 %) nicht verändert, wohl aber die SPD die von Adenauer befürchteten Stimmengewinne in Köln erzielt hatte – und die Wahl eines SPD-Oberbürgermeisters erreichte –, beklagte sich Adenauer am 1. November 1948 bei Frings über die distanzierte Haltung des Episkopats gegenüber der Union. Als Anlaß benutzte er einen Protest des Erzbischofs vom 25. Oktober gegen die Ausgestaltung der Präambel und der Grundrechte im Entwurf des Grundgesetzes,<sup>57</sup> wie sie sich nach dem Ergebnis der ersten Lesung im Parlamentarischen Rat in Bonn abzeichnete.

---

abgedruckt in: Kölner Domjubiläum 1948, hrsg. vom Kölner Metropolitan-Kapitel. Düsseldorf 1950, S. 106.

54 StBAH 07.05. In einem Schreiben Brünings vom 3. November 1948 an Hans von Raumer heißt es, in der »Massenversammlung« des Dombaufestes – im Kölner Stadion am 15. August – sei Adenauer der einzige gewesen, »der mit spontanem überwältigendem Beifall von den Volksmassen begrüßt wurde«. Vgl. H. Brünig, Briefe 1946-1960 (Anm. 51), S. 155. Adenauers Teilnahme am Dombaufest erwähnt bei J. Kardinal Frings, Für die Menschen bestellt (Anm. 9) S. 132; dort ist der Unionspolitiker allerdings bereits als Präsident des Parlamentarischen Rates bezeichnet, wozu er erst am 1. September 1948 gewählt wurde.

55 StBAH 07.05.

56 StBAH 07.18.

57 StBAH 09.01 (vgl. unten Anm. 66). Dazu B. van Schewick, Die katholische Kirche (Anm. 52), S. 79f. Ebd. (passim) über die Stellung der Kirche zur Entstehung des Grundgesetzes. Dazu vgl. ferner K. Gotto, Die katholische Kirche (Anm. 3), S. 88ff.; Alexander Hollerbach, Zur Entstehungsgeschichte der staatskirchenrechtlichen Artikel des Grundgesetzes. In: Adenauer und seine Zeit (Anm. 6), Bd. 2, S. 366ff.; R. Morsey, Katholizismus und Unionsparteien in der Ära Adenauer (Anm. 14), S. 36f.

Nicht nur der Bischof von Münster, Michael Keller, so tadelte Adenauer, habe die Geistlichen seiner Diözese »erneut und dringend« an die Innehaltung »striktester parteipolitischer Neutralität« erinnert, sondern auch dem Klerus in seiner, Adenauers, engeren Umgebung (Dekanat Königswinter) sei empfohlen worden, keine Wahlversammlungen zu besuchen; infolgedessen habe die Geistlichkeit bei seiner eigenen Wahlveranstaltung in Honnef »in auffälliger Weise« gefehlt. Der CDU-Vorsitzende ging davon aus, daß man nach Erklärungen »maßgebender Leute der Zentrumsparterie«, wonach das Zentrum keine »weltanschaulich fundierte« Partei sei und sein wolle, nicht mehr von zwei christlichen Parteien sprechen könne.

Der Grad seiner Besorgnis wurde darin deutlich, daß er unter Rückgriff auf einen (bei ihm sehr seltenen) historischen Bezug die Befürchtung äußerte, der Episkopat begehe mit seiner »Absetzung von der Innenpolitik« den – nicht näher gekennzeichneten – »gleichen Fehler, den er 1933 begangen hat«. Adenauer vergaß nicht hinzuzufügen, daß Pius XII. durch seine Haltung bei den italienischen Wahlen eine »ganz andere Auffassung« zu erkennen gegeben habe und wies schließlich auf die Bedeutung der ersten Bundestagswahlen hin, in deren Konsequenz von der Bundesregierung »grundlegende Entscheidungen für die nächsten Jahrzehnte« zu treffen seien; wenn es der CDU/CSU nicht gelinge, bei diesen Wahlen eine Mehrheit zu erhalten, sei für die Vertretung der christlichen Interessen »das Schlimmste« zu befürchten, da die Sozialdemokratie »weit überwiegend marxistisch und unduldsam« eingestellt sei. Dann folgte ein Bekenntnis, wie es bei Adenauer sehr selten anzutreffen ist: »Ich halte mich bei der großen Verantwortung, die ich persönlich für die politische Entwicklung trage, und aus christlichem Empfinden heraus für verpflichtet, Eurer Eminenz den Ernst und die Wichtigkeit des von mir berührten Fragenkomplexes dringend ans Herz zu legen.«<sup>58</sup>

Auf dieses eindringliche Schreiben hin erging eine Antwort des Adressaten, wie sie Adenauer schwerlich hatte erwarten und wie sie wirkungsvoller nicht hätte ausfallen können: Kardinal Frings erklärte seinen Beitritt zur CDU. Der CDU-Vorsitzende und (seit 1. September 1948) Präsident des Parlamentarischen Rates gab diesen Schritt des Erzbischofs am 10. November in einer Sitzung der Unionsfraktion des Parlamentarischen Rates bekannt<sup>59</sup> und dankte Frings noch am gleichen Tage »herzlich« für seinen Entschluß, mit dem er ihm »eine wirkliche Erleichterung von den schweren Sorgen, die mich bedrücken«, verschafft habe.<sup>60</sup>

Die Gründe für den CDU-Beitritt des Erzbischofs lagen schwerlich darin, daß ihm – wie er sich viel später zu erinnern meinte<sup>61</sup> – »die Fähigkeiten Adenauers« sehr imponierten. Vielmehr wollte er damit, wie ein zeitgenössisches Zeugnis belegt,

58 StBAH 07.05. Auszüge aus diesem Schreiben zitiert in dem Diskussionsbeitrag von Hans-Peter Schwarz. In: Adenauer und die Gründung der Bundesrepublik (Anm. 34), S. 87.

59 Vgl. Die CDU/CSU im Parlamentarischen Rat. Sitzungsprotokolle der Unionsfraktion (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Band 2), bearb. von Rainer Salzmänn. Stuttgart 1981, S. 153. Bei F. Spotts, Kirchen und Politik (Anm. 14), S. 133 ein falsches Eintrittsdatum (2. Dezember). – Das Schreiben Frings' an Adenauer mit seiner Beitrittserklärung war bisher noch nicht zu ermitteln, auch nicht im Historischen Archiv des Erzbistums Köln.

60 StBAH 07.05. Seine gleichzeitig ausgesprochene Absicht, dem Kardinal persönlich zu danken, mußte er aus Termingründen auch Ende November noch einmal hinausschieben. Schreiben vom 29. November 1948 an Frings. StBAH 07.18.

61 Erinnerungen an Adenauer (Anm. 9), S. 151.



angesichts der im Parlamentarischen Rat wie im Landtag von Nordrhein-Westfalen anstehenden Verfassungsberatungen eine Bündelung jener christlichen Kräfte erreichen, die durch ihre Zersplitterung auf CDU und Zentrum »brach lagen« und nicht zu jener »vollen Entfaltung« gelangen konnten, wie sie zum »Wiederaufbau« erforderlich sei.<sup>62</sup> Genau diese Gründe aber hatte Adenauer in seinem Schreiben vom 1. November dem Kardinal unterbreitet. So liegt es nahe, dessen Parteibeitritt, was bisher noch nicht geschehen ist, mit diesem Schreiben in Verbindung zu bringen.

Auf das Echo, das dieser – offensichtlich erst am 19. November durch eine Pressekorrespondenz bekanntgemachte – Schritt des Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz in der Öffentlichkeit fand und das ebenso lebhaft wie zwiespältig war (»Kardinalfehler«), braucht hier nicht eingegangen zu werden,<sup>63</sup> auch nicht auf die Kritik seitens des Papstes.<sup>64</sup> Pius XII. sah durch den Parteibeitritt des Erzbischofs die vom Vatikan vehement verteidigte Fortgeltung des Reichskonkordats von 1933 tangiert (unabhängig von der Frage, ob dessen Art. 32, der Geistlichen die Mitgliedschaft in politischen Parteien untersagte, überhaupt in Kraft getreten war).

## VI

Das offene parteipolitische Bekenntnis des Kölner Erzbischofs zugunsten der CDU (und damit gegen das Zentrum) war um so bedeutsamer angesichts der inzwischen aufgetauchten Spannungen zwischen der Kirche und Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion des Parlamentarischen Rates. Den Vertretern der Union, die von einem »unaufhebbaren inneren Dualismus« durchzogen war, fiel es nicht leicht, die Aufnahme »spezifisch katholischer Zielvorstellungen«<sup>65</sup> in das Grundgesetz mit der gleichen Entschiedenheit zu vertreten, wie das die nur zwei katholischen Abgeordneten des Zentrums taten. Damit aber geriet der Erzbischof von Köln in eine schwierige Situation.

Da sein bereits erwähntes Schreiben vom 25. Oktober 1948 an Adenauer, gleichlautend auch an den Zentrumsabgeordneten Brockmann – das der CDU-Abg. Adolf Süsterhenn in der Sitzung der Unionsfraktion des Parlamentarischen Rates am 3.

62 Diese Gründe referierte der frühere Zentrumspolitiker Richard Muckermann in der Besprechung eines Arbeitskreises CDU/Zentrum am 23. Februar 1949 in Recklinghausen als Ergebnis eines vorausgegangenen Gesprächs mit Kardinal Frings. Muckermann ergänzte: »Wegen seines Eintritts in die CDU bemerkte er [Frings], daß die Zukunft erst rechtfertigen werde, ob dieser Schritt berechtigt war. Er habe ein Odium auf sich genommen, aber er habe es getan angesichts der tragischen Lage in Nordrhein-Westfalen, um den anderen ein Beispiel zu geben.« Zitiert nach einem Protokoll im Nordrhein-westfälischen Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, RWV 26/137. Referiert bei F. Spotts, Kirchen und Politik (Anm. 14), S. 134.

63 »Ein Kardinalfehler« lautete die Überschrift in der »Hannoverschen Presse« vom 20. November 1948. Zu den Kritikern gehörte auch Heinrich Brüning. Vgl. sein Schreiben vom 4. November 1948 an Hans Peters. In: Briefe (Anm. 51), S. 166. Vgl. ferner die (gegenüber dem stenographischen Protokoll erheblich korrigierten) Ausführungen des SPD-Abg. Zinn am 20. Januar 1949 im Hauptausschuß des Parlamentarischen Rates. Druck: Konrad Repgen, Ungedruckte Nachkriegsquellen zum Reichskonkordat. In: Historisches Jahrbuch 99 (1979), S. 400.

64 Dazu vgl. Ludwig Volk, Der Hl. Stuhl und Deutschland 1945-1949. In: Kirche und Katholizismus 1945-1949 (Beitr. zur Katholizismusforschung, hrsg. von Anton Rauscher). Paderborn 1977, S. 77f., 82.

65 L. Volk, Der Hl. Stuhl (Anm. 62), S. 84.



November referiert hatte –,<sup>66</sup> sein Ziel nicht erreichte, erneuerte Frings am 20. November 1948, dieses Mal namens der Fuldaer Bischofskonferenz, seine Bedenken gegen eine Reihe von Formulierungen der ersten Lesung des Grundgesetz-Entwurfs.<sup>67</sup> Am 7. Dezember regte er beim Präsidenten des Parlamentarischen Rates eine Besprechung zwischen Vertretern der Kirche und aller Fraktionen an. Sie kam – auch mit Repräsentanten der evangelischen Kirchen der britischen Zone – am 14. Dezember zustande, vermochte die inzwischen versteiften Fronten jedoch nicht aufzulockern.<sup>68</sup> Am 18. Januar 1949 beschwor Kardinal Frings erneut Adenauer (auch unter Hinweis auf Art. 26 der neuen UNO-Charta für Menschenrechte), sich zugunsten des Elternrechts einzusetzen, andernfalls »bliebe für uns die Demokratie leere Form«.<sup>69</sup>

Jedoch gelang es der CDU/CSU-Fraktion auch in den folgenden Wochen nicht, in der zweiten Lesung des Grundgesetz-Entwurfs die kirchlichen Postulate voll durchzusetzen. Adenauer zählte auch in dieser Frage weiterhin zu den Verfechtern einer Kompromißlösung, um das Zustandekommen des Grundgesetzes nicht an einer noch so wichtigen Einzelfrage scheitern zu lassen.<sup>70</sup> Ein erneutes Schreiben des Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz vom 2. Februar 1949 an Adenauer und Brockmann – das jedoch von falschen Voraussetzungen ausgegangen und damit inhaltlich überholt war – beantwortete der CDU-Politiker am 5. Februar mit der Versicherung, daß die Ausführungen des Kardinals »vollste Beachtung« finden würden: »Ich hoffe, daß das Endergebnis doch zu vertreten sein wird.«<sup>71</sup>

Zwei Tage später, am 7. Februar, erläuterte Adenauer dem Erzbischof ausführlich die Gründe, die seine Fraktion angesichts der gegebenen Mehrheitsverhältnisse dazu bewogen hatten, dem inzwischen erarbeiteten Kompromiß des Grundgesetz-Entwurfs zuzustimmen. In diesem Schreiben hieß es eindeutig, daß eine Ablehnung des Grundgesetzes angesichts der gesamtpolitischen Situation nicht zu verantworten und eine politische Konsolidierung Westdeutschlands eine »absolute Notwendigkeit« sei; wegen

66 Vgl. Die CDU/CSU im Parlamentarischen Rat (Anm. 59), S. 119. Dazu oben Anm. 56 sowie B. van Schewick, Katholische Kirche (Anm. 51), S. 81. – Die von diesem Autor mehr beiläufig getroffene Feststellung (S. 80 Anm. 90), wonach während der Beratungen des Parlamentarischen Rates in den »entscheidenden Fragen« seitens der Kirche stets Adenauer konsultiert worden sei – und nicht der Vorsitzende der Unionsfraktion, der CSU-Abg. Anton Pfeiffer – wird durch die in diesem Beitrag aufgezeigte enge Verbindung zwischen Adenauer und Frings verständlicher bzw. verliert den Anschein eines außergewöhnlichen Vorgehens. Falsch ist die Behauptung von F. Spotts, Kirchen und Politik (Anm. 14), S. 151, daß Adenauer als Präsident des Parlamentarischen Rates der Kirche die Unterstützung verweigert habe, die sie in der Frage des neuen Verfassungsentwurfs »verzweifelt bei ihm suchte«.

67 Druck: Werner Sörgel, Konsensus und Interessen. Eine Studie zur Entstehung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1969, S. 317f. Dazu B. van Schewick, Katholische Kirche (Anm. 52), S. 87f.; L. Volk, Der Hl. Stuhl (Anm. 63), S. 211.

68 Vgl. B. van Schewick, Katholische Kirche (Anm. 52), S. 97ff.

69 StBAH 09.07.

70 Dazu vgl. R. Morsey, Adenauer und der Weg zur Gründung der Bundesrepublik (Anm. 34), S. 31.

71 StBAH 09.07. Dazu B. van Schewick, Katholische Kirche (Anm. 52), S. 111f. mit dem Hinweis auf ein Privatschreiben Adenauers vom 6. Februar 1949, in dem er sich darüber beklagte, daß der Brief des Kardinals dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion eher bekannt gewesen sei als ihm selbst: durch Indiskretion der Zentrumsparterie.

der jetzigen Regelung des Elternrechts gegen die Verfassung zu stimmen, würde bedeuten, sich dem »vernichtenden Vorwurf« auszusetzen, »in der schlimmsten Notzeit des deutschen Volkes gegen dessen Interesse« gehandelt zu haben. Dann folgte Adenauers Paukenschlag: »Ich würde es für ein Unglück für die katholische Kirche in Deutschland halten, wenn tatsächlich die Fuldaer Bischofskonferenz dieser Ansicht des Herrn Bischofs Keller folgen würde.«<sup>72</sup>

Der Unionspolitiker tat ein übriges, um die Haltung seiner Fraktion gegen mögliche Vorwürfe abzusichern. Er verschaffte sich Gewißheit darüber, daß die päpstliche Mission in Kronberg im Taunus seiner Ansicht zuneigte, wonach die Union mit den Bestimmungen des Grundgesetz-Entwurfs zum Elternrecht und Reichskonkordat das »Bestmögliche« erreicht habe.<sup>73</sup> Daraufhin erläuterte er in einem Gespräch am 9. Februar 1949 mit Kardinal Frings dem Erzbischof diese Haltung,<sup>74</sup> um es ihm zu ermöglichen, in der am folgenden Tage stattfindenden Sondersitzung der Bischofskonferenz in Pützchen bei Bonn der Argumentation der »intransigenten« Minderheit entgegentreten zu können.

Das Ergebnis rechtfertigte den Einsatz des Unionspolitikers: Die Bischöfe enthielten sich – bis auf einen Protest gegen die im Grundgesetz-Entwurf enthaltene »Bremer Klausel« über den Religionsunterricht – einer direkten Stellungnahme an den Bonner Verhandlungsergebnissen. Dieses Ergebnis teilte Frings am 10. Februar dem Ratspräsidenten mit, damit er die Mitglieder des Parlamentarischen Rates darüber einen Tag vor der geplanten Veröffentlichung informieren konnte.<sup>75</sup>

## VII

Die Beratungen des Grundgesetzes standen unmittelbar vor dem Abschluß, als das Verhältnis Adenauer – Frings Anfang Mai 1949 einer Belastungsprobe unterzogen wurde. Am 7. Mai erklärte der Kardinal dem »Vorsitzenden der CDU« seinen Austritt aus der Partei, weil er sich inzwischen davon überzeugt habe, daß »der Hl. Stuhl auch heute noch die Zugehörigkeit eines Geistlichen zu einer politischen Partei als nicht vereinbar mit Art. 32 des Reichskonkordats« ansehe.<sup>76</sup> Dieser Schritt traf Adenauer so überraschend, daß er dem Erzbischof telegrafisch seine »dringendste« Bitte übermittelte, mit der Veröffentlichung »über Wirkung des Konkordatsartikels einstweilen zurückzuhalten«; er komme »so bald als möglich« nach Köln.<sup>77</sup> Das war ihm jedoch in der Hektik der letzten Beratungswoche des Parlamentarischen Rates nicht möglich. Immerhin versäumte er nicht, den Kardinal am 11. Mai darüber zu informieren, daß der Rat in der vergangenen Nacht beschlossen habe, Bonn als Sitz der Bundesregierung zu wählen, »weil ich weiß, welches Interesse Sie auch an dieser Frage nehmen«.<sup>78</sup>

72 Vgl. K. Gotto, *Kirche und Grundgesetz* (Anm. 3), S. 102f.; B. van Schewick, *Katholische Kirche* (Anm. 52), S. 116.

73 B. van Schewick, *Katholische Kirche* (Anm. 52), S. 116f.

74 Ebd. S. 118f.

75 StBAH 09.07. Druck der bischöflichen Erklärung. In: »Herder-Korrespondenz« 3 (1949), S. 245f.

76 StBAH 07.07.

77 Ebd.

78 Ebd.

Infolge von Termenschwierigkeiten kam es erst am 21. Mai – der Erzbischof hatte, Adenauers Bitte entsprechend, seinen Austritt aus der CDU noch nicht der Öffentlichkeit bekanntgegeben – zu dem vorgesehenen Gespräch zwischen ihnen.<sup>79</sup> Daraus hat Frings 1973 in seinen Erinnerungen – ohne genaue Datierung («als . . . 1949 die Verhandlungen . . . in Bonn zu Ende gingen») – nur mitgeteilt, daß der Politiker auf seine Frage: »Wir werden Sie wohl bald als Bundespräsident begrüßen können?« geantwortet habe: »Nein . . . ich möchte Bundeskanzler werden!«<sup>80</sup>

Inzwischen aber läßt sich mehr über Inhalt und Ergebnis des Gesprächs vom 21. Mai sagen. Darin ist es Adenauer zwar nicht gelungen, den Erzbischof davon abzubringen, seinen Austritt aus der Union rückgängig zu machen oder diese Absicht »nochmals zu überprüfen«, wohl aber, sie erst einige Tage nach der Verabschiedung des Grundgesetzes (23. Mai) bekanntzugeben. Das ergibt sich aus einer kurzen Aktennotiz des CDU-Politikers vom 6. Juni 1949, aus der auch Adenauers Argumentation erkennbar ist. Danach hat er dem Kardinal mitgeteilt, daß es 1933 verständlich gewesen sei, Geistlichen den Eintritt in die »damals allein bestehende« Partei zu untersagen; ein derartiges Verbot wäre aber in einer Zeit, in der in Deutschland »und überhaupt in Europa« der Kampf zwischen christlichen und sozialistischen Parteien tobe, »unverständlich und eine schwere Beeinträchtigung für die christlichen Parteien«.<sup>81</sup>

Zwei Tage nach Verabschiedung des Grundgesetzes machten die deutschen Bischöfe in einer Erklärung gewisse Vorbehalte dagegen geltend.<sup>82</sup> Bei deren Übermittlung versicherte der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz dem Präsidenten des Parlamentarischen Rates jedoch, er wünsche dem neugegründeten Bunde »von Herzen den göttlichen Segen« für die »schweren Aufgaben, die nun zu leisten« seien.<sup>83</sup> Erst danach gab Kardinal Frings seinen Austritt aus der CDU bekannt, auf dem Pius XII. bestanden hatte.<sup>84</sup> Die am 27. Mai 1949 publizierte Begründung des Kölner Ordinariats lautete, dieser »vor einiger Zeit erfolgte« Schritt sei – und zwar ohne jede Verbindung mit den »politischen Vorgängen der letzten Zeit« – erfolgt, um dem Einwand, die Kirche selbst halte sich nicht an Art. 32 des Reichskonkordats, »jeden Schein einer Berechtigung zu entziehen«.<sup>85</sup> Im Hirtenbrief der Bischöfe vom 14. Juli zur Bundestags-

79 Dazu vgl. R. Morsey, Adenauer und der Weg zur Bundesrepublik (Anm. 34), S. 36, 121 Anm. 204.

80 J. Kardinal Frings, Für die Menschen bestellt (Anm. 9), S. 108f. Auch erwähnt in dem in Anm. 5 zitierten Interview Frings' vom 4. Februar 1967. Bei Frings, Erinnerungen an Adenauer (Anm. 9), S. 152, wird der Antwort Adenauers dessen Begründung angefügt: »Da kann ich mich besser entfalten.«

81 StBAH 07.07.

82 Vgl. B. van Schewick, Katholische Kirche (Anm. 52), S. 126; R. Morsey, Katholizismus und Unionsparteien (Anm. 14), S. 36f.

83 StBAH 09.07.

84 Dazu vgl. L. Volk, Der Hl. Stuhl (Anm. 64), S. 82f.; F. Spotts, Kirchen und Politik (Anm. 14), S. 185f. Die Wochenschrift »Die Zeit« berichtete am 13. Juni 1949, die Kurie habe dem Kardinal befohlen, Art. 32 des Reichskonkordats zu beachten und die CDU zu verlassen.

85 Vgl. »Rheinischer Merkur« vom 30. Mai 1949. Nach dem in Anm. 84 erwähnten Bericht der »Zeit« vom 13. Juni 1949 soll zunächst »Einvernehmen« bestanden haben – zwischen wem, ist nicht gesagt –, den Austritt des Kardinals aus der CDU bis nach der »Bundestagswahl« geheimzuhalten.

wahl am 14. August hieß es – sicher zur Genugtuung Adenauers –, von den Abgeordneten der »sozialistischen und liberalistischen Weltanschauungen« im Parlamentarischen Rat seien »wesentliche christliche Forderungen« abgelehnt worden.<sup>86</sup>

Der letzte schriftliche Kontakt zwischen dem Kölner Erzbischof und dem als »Oberbürgermeister« angesprochenen CDU-Politiker (31. August/5. September 1949) vor Bildung der Bundesregierung ist weniger seines Inhalts wegen erwähnenswert – Frings bat Adenauer (mit positivem Echo), auch seinerseits mitzuhelfen, die Auswirkungen der Ausweisung »Hunderter von Personen und Familien aus ihren Wohnungen in Köln« zu mildern – als wegen der darin zum Ausdruck kommenden Einschätzung des Adressaten: Dieser wurde vom Kardinal deswegen angegangen, weil er der »augenblicklich einflußreichste Mann« sei.<sup>87</sup>

Das aber wurde Adenauer erst einige Tage später, am 15. September 1949, mit seiner Wahl zum Bundeskanzler. Damit übernahm der 73jährige Unionspolitiker eine neue und größere Aufgabe, nachdem er sich innerhalb von vier Jahren als bedeutendste Führerpersönlichkeit seiner Partei profiliert hatte. In dieser Zeitspanne war inzwischen auch der nunmehr 62 Jahre alte Kardinal Frings, der 1946 in der breiten Öffentlichkeit »noch so gut wie unbekannt« gewesen war,<sup>88</sup> zu einem Kirchenfürsten mit überregionalem Bekanntheitsgrad geworden, zu »einer der wichtigsten Persönlichkeiten der jungen deutschen Bundesrepublik«, wie es am 14. September 1949 in der Hamburger Wochenschrift »Die Zeit« hieß.<sup>89</sup>

Vom »Antrittsbesuch« des Erzbischofs beim Bundeskanzler in dessen damaligem Amtssitz im Zoologischen Museum Alexander Koenig in Bonn ist eine hintergründigere Anspielung des Kardinals (»fies fein haben Sie es her«) überliefert,<sup>90</sup> nicht aber die (schwerlich unterbliebene) Antwort des Kanzlers. Sie erfolgte vermutlich auf der gleichen »kölschen« Wellenlänge, wie sie dem unkomplizierten und vertrauensvollen Verhältnis zweier Persönlichkeiten entsprach, die je auf ihre Art den rheinischen Katholizismus wie die Eigengesetzlichkeit des geistlichen und des weltlichen Bereichs verkörperten.

---

86 Vgl. R. Morsey, *Katholizismus und Unionsparteien* (Anm. 14), S. 37. Über die noch im letzten Augenblick modifizierte Fassung dieses Hirtenworts in bezug auf eine zunächst vorgesehene Kritik am SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher wegen seiner Formulierung von der Kirche als der »fünften Besatzungsmacht« vgl. Jürgen Aretz, *Katholizismus und deutsche Sozialdemokratie 1949-1963*. In: *Katholizismus im politischen System der Bundesrepublik 1949-1963*, hrsg. von Albrecht Langner. Paderborn 1978, S. 65 Anm. 21. Bei der Eröffnung des Wahlkampfes zur Wahl des Ersten Bundestags erklärte Schumacher am 19. Juni 1949 in Gelsenkirchen im Zusammenhang seiner Attacke auf die Kirche als »fünfte Besatzungsmacht«: »Wenn Dr. Adenauer sich an den Kölner Kardinal wendet und verlangt, daß der Klerus im vorparlamentarischen Raum politisch für die CDU wirken soll, so müssen wir warnen. Auch das ist ein Bruch des Art. 32 und wenn die Gegenseite den Art. 32 des [Reichs]-Konkordates bricht, dann werden wir die anderen Artikel des Konkordates auch nicht in Gültigkeit setzen.« Zitiert nach einer Wiedergabe im Nordrhein-Westfälischen Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, RWN 105/7. Vgl. »Kölnische Rundschau« vom 23. Juni 1949; K. Adenauer, *Erinnerungen* (Anm. 22), S. 260.

87 StBAH 07.07.

88 So Hubert Jedin, »Für die Menschen bestellt«. In: *Ortskirche* (Anm. 4), S. 192.

89 Der »Kardinal Frings« überschriebene Artikel war mit P. H. unterzeichnet.

90 Vgl. A. Rapp, *Adenauer und die Journalisten* (Anm. 6), S. 284.